

13.04.2010: Silvia Schenker, Nationalrätin BS

Der Bund lässt die Familien im Stich

Unbestrittenermassen ist die Vereinbarkeit von Familie nach wie vor ein brennendes Thema. Familien sind darauf angewiesen, dass ein bedarfsgerechtes Angebot an familien- und schulergänzenden Betreuungsplätzen zur Verfügung steht. Das Impulsprogramm für familienergänzende Kinderbetreuung hat in den letzten Jahren viel dazu beigetragen, dass das Angebot an Plätzen ausgebaut wurde.

Nach wie vor besteht jedoch ein Mangel an Plätzen. Es gibt Kantone und Gemeinden, die seit einiger Zeit die Angebote sukzessive ausbauen, andere beginnen erst langsam damit. Der Kanton Basel-Stadt (um nur einen zu nennen) hat in den letzten Jahren das Angebot an schulergänzenden Tagesstrukturen ausgebaut und will dies noch stärker vorantreiben.

Das Harmos-Konkordat, welches die Kantone dazu verpflichtet, ein bedarfsgerechtes Angebot bereitzustellen, unterstützt die laufenden Bestrebungen zusätzlich. Familien- und schulergänzende Einrichtungen sind nicht gratis zu haben. Die Mittel des Bundes waren für viele Träger der Einrichtungen respektive die Kantone und Gemeinden hilfreich, um neue Projekte zu realisieren und diese während der Aufbauphase zu unterstützen.

Unverständlich ist in diesem Zusammenhang der Entscheid des Bundesrates, in Zukunft die schulergänzenden Einrichtungen und Tagesschulen vom Empfängerkreis auszuschliessen.

In einer Interpellation habe ich den Bundesrat um Beantwortung von ein paar Fragen gebeten, die sich mir in Zusammenhang mit dieser Entscheid gestellt haben. Unter anderem möchte ich vom Bundesrat wissen, warum er die Kantone zu dieser wesentlichen Änderung bei der Anstossfinanzierung nicht befragt hat. In der Vernehmlassung war davon nämlich noch nichts zu lesen.

Einmal mehr stelle ich fest, dass der Bundesrat nicht auf die Bedürfnisse und die Situation in den Kantonen Rücksicht nimmt. In diesem Fall sind die Familien die Leidtragenden. Wie kann das Ziel einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht werden, wenn die Strategien von Bund, Kantonen und Gemeinden nicht aufeinander abgestimmt sind und dadurch Finanzierungslücken entstehen? Ich bin gespannt, was der Bundesrat auf diese Frage antwortet.

<http://www.sp-ps.ch/index.php?id=15&action=detail&uid=4561X&L=0>